



Flossbach von Storch
RESEARCH INSTITUTE

WIRTSCHAFT & POLITIK 11/02/2026

„Mit uns zieht die neue Zeit“ – ungenutzt an uns vorbei

von NORBERT F. TOFALL

Zusammenfassung

Nicht nur die SPD erkennt zurecht in der politischen Polarisierung eine Gefährdung der Demokratie. Und nicht nur sie erkennt die Bedingungen für die Erhaltung der Demokratie.

Abstract

The SPD is not alone in rightly recognising political polarisation as a threat to democracy. Nor is it alone in misunderstanding the conditions necessary for preserving democracy.



Anfang Mai 2025 wurde Friedrich Merz (CDU) erst im zweiten Wahlgang zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Wie viele Abweichler im ersten Wahlgang aus der Union stammten und wie viele aus der SPD, ist aufgrund der geheimen Wahl nach wie vor unklar – ebenso wie die Motive dieser Abweichler. Da in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang alle Kanzler im ersten Wahlgang gewählt worden sind, startete Friedrich Merz mit lädiertes Autorität. Das wiegt bis heute um so schwerer, als Friedrich Merz eine Wirtschaftswende versprochen hatte, seit seiner holprigen Wahl zum Bundeskanzler aber das Kunststück vollbringen muß, zusammen mit der SPD zu regieren, deren Positionen vor allem in der Wirtschafts-, Sozial- und Energiepolitik weit von der Union entfernt sind. Insgesamt hat Merz seitdem kaum Raum zum Manövrieren, was die Chancen für effektive Reformen zur Rettung des Standortes Deutschland von vornherein verringerten. Der kleine Koalitionspartner SPD bestimmt in der Regierung Merz das Tempo. Und vielleicht sollte genau das Friedrich Merz durch den gescheiterten ersten Wahlgang Anfang Mai 2025 unmißverständlich vor Augen geführt werden.

Bundeskanzler Friedrich Merz hat sich seitdem von der Wirtschaftswende auf die Außen-, Handels- und Europapolitik verlegt, wird dort aber von der ausgebliebenen Wirtschaftswende eingeholt. Neue Freihandelsabkommen (Mercosur, Indien, arabische Staaten, Afrika, Ostasien), die letztlich von der EU-Kommission ausgehandelt werden, auch wenn Merz durch Reisediplomatie unterstützend wirken kann, sind zur Kompensation des US-amerikanischen Protektionismus sinnvoll, werden der Bundesrepublik Deutschland jedoch weniger Vorteile bringen, wenn der Standort Deutschland aufgrund geringer Produktivität, hoher Sozialabgaben, Investitionsschwäche und bürokratischer Hürden immer weniger Produktionsstandort ist. Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland durch eine Wirtschaftswende ist unausweichlich.

Zudem beruht eine dauerhaft erfolgreiche Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auf einer stabilen und wachsenden Wirtschaft. Darüber hinaus wird Deutschland ohne eine erfolgreiche Wirtschaftswende immer weniger zur Stabilisierung der Europäischen Union beitragen.

Diese Zusammenhänge sollte die mitregierende SPD eigentlich nicht ignorieren können. Und selbst aus verteilungstheoretischer Sicht sollte sich zumindest die Einsicht Bahn gebrochen haben, daß auch Wohlstand, der nach sozialdemokratischen Vorstellungen umverteilt werden soll, vorab erwirtschaftet werden muß. Die seit Jahren geringere Produktivität, die hohen Sozialabgaben und -ausgaben, die Investitionsschwäche und die vielfachen bürokratischen Hürden in unserem Land wirken allesamt wachstumshemmend.¹ Anstatt diese Probleme mit einer neuen Agenda 2010 anzugehen, scheint sich in der SPD aber immer mehr Bärbel Bas gegen Lars

¹ Siehe GUNTHER SCHNABL: *Deutschlands fette Jahre sind vorbei. Wie es dazu kam und wie wir ein neues Wirtschaftswunder schaffen können*, München (Finanzbuch) 2024. S. 133-206.



Klingbeil durchzusetzen.² Während Bundesfinanzminister Lars Klingbeil zumindest rhetorisch verkündet „Wir wollen Veränderungen, wir wollen Fortschritt, und der Status quo ist unser Gegner“, setzt Bundesarbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas panisch auf Status-quo-Sicherung und nennt das „Keine Angst vor morgen“.³ Sowohl das gesamte Handeln der SPD in der Bundesregierung der letzten Monate als auch die aktuellen Vorschläge der SPD – Erhöhung der Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Nichtanpassung des Rentenniveaus nach unten, Änderung des Mietrechts zur Stärkung der Mietpreisbremse, Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge auf Miet- und Kapitaleinkünfte usw. – verschärfen die bestehenden ökonomischen Probleme unseres Landes.

Das „Keine Angst vor morgen“ von Bärbel Bas kennzeichnet dabei die größte Angst vor morgen, welche nicht nur das Entwicklungsproblem der SPD darstellt. Anstatt die Chancen und Möglichkeiten der sich gerade sehr schnell verändernden Welt zu nutzen und mit der neuen Zeit zu ziehen, möchten viele Menschen – sowohl in der politischen Mitte als auch Rechts und Links – diesen offenen Prozeß der Weltveränderung zum Halten bringen und den Status quo bewahren. Die „neue Zeit“ zieht dadurch aber ungenutzt vorbei, während die Status-quo-Sicherer in allen Parteien durch Befehle und Anordnungen und immer neue Gesetze vergeblich versuchen, die Welt zum Stillstand zu bringen. Die bestehenden ökonomischen und politischen Probleme werden dadurch aber nicht gelöst, sondern weiter verschleppt, was zur Polarisierung durch Problemverschleppung führt.⁴

Nicht nur die SPD erkennt zurecht in dieser Polarisierung eine Gefährdung der Demokratie. Die tieferen Ursachen dieser Polarisierung werden jedoch ignoriert, weil sich das Wissen und die Macht angemäßt werden, die Ergebnisse von dezentralen und evolutionären gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen konstruieren zu können. Damit werden die „Bedingungen für die Erhaltung der Demokratie“ verkannt:

„Solange die Demokratie die Einzelnen nur durch allgemeine Regeln, die sie aufstellt, beschränkt, behält sie die Ausübung der Zwangsgewalt in der Hand. Wenn sie jedoch versucht, sie im Einzelnen zu dirigieren, wird sie bald finden, daß sie nur mehr die zu erreichenden Ziele anzeigt und den Fachbeamten die Entscheidung überlassen muß, wie sie zu erreichen sind. Und wenn es einmal anerkannt ist, daß die Mehrheitsbeschlüsse nur Ziele angeben können und ihre Verfolgung dem Ermessen der

² Siehe MONA JÄGER: „Immer wieder die eine Frage. Wozu braucht es noch die SPD? Ein neues Grundsatzzprogramm soll die Sozialdemokraten aus der Krise führen. Doch die Parteivorsitzenden steuern in verschiedene Richtungen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. Februar 2026, Nr. 33, S. 4.

³ Vgl. ebenda.

⁴ Siehe NORBERT F. TOFALL: *Was ist Populismus?* Kommentar zu Wirtschaft und Politik des FLOSSBACH VON STORCH RESEARCH INSTITUTE vom 9. Dezember 2016. Der Populismus ist insbesondere in Gesellschaften erfolgreich, die unter Polarisierung durch Problemverschleppung leiden.



Verwaltungsbehörden überlassen bleibt, wird auch bald die Ansicht zur Herrschaft kommen, daß zur Erreichung jener Ziele fast jedes Mittel legitim ist.“⁵

„Obwohl die Demokratie die beste Form einer beschränkten Regierung sein mag, wird sie zur Absurdität, wenn sie eine unbeschränkte Herrschaft wird. Jene, die glauben, daß eine demokratische Regierung für alles zuständig ist, und die jede Forderung der Mehrheit in irgend einem Augenblick unterstützen, bereiten ihren Untergang vor.“⁶

Der Untergang der Demokratie wird nach Friedrich August von Hayek (1899-1992) also durch „Konstruktivismus“ vorbereitet. Unter Konstruktivismus versteht Hayek die „zunächst unverfängliche Formel“, „daß der Mensch die Einrichtung der Gesellschaft und der Kultur selbst gemacht hat und sie daher auch nach seinem Belieben ändern kann.“⁷ Das klingt nur so lange unverfänglich, wie nicht die verhängnisvolle Anmaßung,⁸ die mit dieser konstruktivistischen Vorstellung meistens einhergeht, offengelegt wird. Die verhängnisvolle Anmaßung besteht darin, Wirtschaft und Gesellschaft spezifische gemeinsame Ziele vorzugeben und diese mittels bewußter Planung und Anordnung gegen alle spontanen und dezentralen Kräfte des gesellschaftlichen Zusammenlebens durchzusetzen.⁹ Ignoriert wird, daß erst durch den Verzicht auf vorgegebene gemeinsame spezifische Ziele eine offene Gesellschaft freier Menschen entstehen kann, in der die verschiedenen Mitglieder von den Tätigkeiten aller anderen nicht nur trotz, sondern oft sogar aufgrund der Verschiedenheit ihrer jeweiligen Ziele profitieren.¹⁰

Werden jedoch Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsame spezifische Ziele vorgegeben, dann ist nicht nur „Wohlstand für alle“ unmöglich, sondern dann wird sogar die Demokratie gefährdet.

⁵ FRIEDRICH A. VON HAYEK: *Die Verfassung der Freiheit*, herausgegeben von Alfredn Bosch und Arnold Veit, 4. Auflage, Tübingen (Mohr Siebeck) 2005, S. 149.

⁶ Ebenda, S. 150.

⁷ FRIEDRICH A. VON HAYEK: „Die Irrtümer des Konstruktivismus und die Grundlagen legitimer Kritik gesellschaftlicher Gebilde“ (1970), in: FRIEDRICH A. VON HAYEK: *Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik*, herausgegeben von Manfred E. Streit, Tübingen (Mohr) 2004, S. 16-36, hier S. 17.

⁸ Siehe FRIEDRICH A. VON HAYEK: *Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus* (1988), herausgegeben von Viktor Vanberg, übersetzt von Monika Streissler, Tübingen (Mohr) 2011.

⁹ Vgl. FRIEDRICH A. VON HAYEK: „Die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs“ (1967), in: FRIEDRICH A. VON HAYEK: *Rechtsordnung und Handelsordnung. Aufsätze zur Ordnungsökonomik*, herausgegeben von Manfred E. Streit, Tübingen (Mohr) 2003, S. 178-189, und auf S. 178: „Der Glaube an die Überlegenheit bewußter Anordnung und Planung über die spontanen Kräfte des gesellschaftlichen Zusammenlebens drang in das europäische Denken in klarer Form erst durch den rationalistischen Konstruktivismus Descartes' ein.“

¹⁰ Siehe FRIEDRICH A. VON HAYEK: „Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung“ (1966), in: FRIEDRICH A. VON HAYEK: *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie*, herausgegeben von Viktor Vanberg, Tübingen (Mohr) 2002, S. 69 – 87, hier S. 72 – 74.



Das Problem der heutigen polarisierten und durch Kulturkämpfe sich aufreibenden westlichen Gesellschaften besteht darin, daß Wirtschaft und Gesellschaft ständig durch die Politik gemeinsame spezifische Ziele vorgegeben werden. Es wird nicht einmal mehr der Versuch unternommen, allgemeine und abstrakte Regeln zu suchen, um so das Nebeneinanderbestehen der unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen zu ermöglichen. Gruppeninteressen oder die eigenen gesellschaftlichen Zielvorstellungen sollen mittels gesetzlichen Zwangs durchgesetzt werden. Dadurch werden gesellschaftliche Konflikte nicht minimiert, sondern maximiert. Sowohl demokratische Entscheidungsverfahren als auch wirtschaftliches Handeln werden so ihrer gesellschaftlichen Befriedungsfunktion beraubt.

Wer um die Demokratie angesichts der sich immer weiter steigenden gesellschaftlichen und politischen Polarisierung besorgt ist, muß hier ansetzen und darf dabei voll Zuversicht singen: „Mit uns zieht die neue Zeit“¹¹. Status-quo-Sicherung à la Bärbel Bas wird jedoch zu weiterer Polarisierung durch Problemverschleppung führen. Die Chancen und Möglichkeiten der sich verändernden Welt bleiben dann ungenutzt liegen.

¹¹ „Wann wir schreiten Seit' an Seit' / und die alten Lieder singen / und die Wälder widerklingen / fühlen wir, es muß gelingen: / Mit uns zieht die neue Zeit, / mit uns zieht die neue Zeit“ Hermann Claudius (1914).



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch SE dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch SE selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch SE. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch SE nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch SE

© 2026 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch SE, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *geschäftsführende Direktoren* Dr. Bert Flossbach, Dr. Tobias Hirsch, Dr. Tobias Schafföner, Christian Schlosser, Dr. Till Schmidt, Marcus Stollenwerk; *Vorsitzender des Verwaltungsrats* Kurt von Storch; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 120 796 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 11. Februar 2026